

FREUNDESBRIEF JANUAR 2012

Hendrik-Kraemer-Haus
Niederländische Ökumenische Gemeinde

Lindenstraße 85 | 10969 Berlin
Fon 030 / 84109260 | Fax 030 / 84109261
www.hendrik-kraemer-haus.de
info@hendrik-kraemer-haus.de
Evangelische Darlehnsgenossenschaft
Kt.Nr. 790818 | BLZ 21060237



Liebe Freunde und Freundinnen,

am 3. Januar 1996 proklamierte der deutsche Bundespräsident, Roman Herzog, den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung des deutschen faschistischen Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee, als nationalen „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“. 2005 erklärte die UNO-Vollversammlung den Tag zum internationalen Holocaust-Gedenktag. Aktuelle Entwicklungen geben dem Tag in diesem Jahr ein besonderes Gewicht. So hat die Internationale Liga für Menschenrechte am 27. Januar 2012 zu einer schweigenden Demonstration von 16:30 bis 17:30 Uhr vor dem Deutschen Historischen Museum in Berlin aufgerufen in Würdigung „aller Opfer des Nationalsozialismus ..., ungeachtet ihrer Nationalität, Ethnie, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder sonstiger Merkmale“ (www.ilmr.de/category/veranstaltungen).

Der faschistische Völkermord und andere Ausformungen von Rassismus und Apartheid gehen auf die Überzeugung zurück, dass Wert und Würde des Menschen von der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen abhängig sei, es also höher- und minderwertige Menschen gäbe. Aktuelle Verbrechen, die diesem Denken und Fühlen entspringen, lassen offenbar werden, dass solche Kategorien nicht Ausnahmerecheinung sind, sondern zur Normalität unserer Gesellschaft gehören. Wie sollte es auch anders sein, wenn diese konkurrenzgeprägte Zivilisation seit Generationen an der Aufgabe scheitert, dem Recht auf Nahrung, auf Bildung und Gesundheit, auf Verfügung über Land, Wasser, Luft und Bodenschätze, dem Recht also auf Leben in Frieden zu allgemeiner Gültigkeit zu verhelfen?

Im Dezember 2011 veröffentlichte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld die Ergebnisse einer Langzeitstudie zu Gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit unter dem Titel: Deutsche Zustände – Das entscherte Jahrhundert (www. uni-bielefeld.de/ikg). Die Aussagen lassen erschrecken.

Sie zeigen, dass die Mordtaten von Neonazis als „Signalereignisse“ die Spitze eines Eisberges sind, die gelegentlich auf die öffentliche Agenda geraten, während die schleichenden Prozesse, die zu Rassismus und rechtsradikalem Denken und Handeln führen, nicht thematisiert werden und dadurch gefährlich normal bleiben. Auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften – so die Studie - ist das friedliche, von der Gleichwertigkeit geprägte Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Glaubens eher eine Idealvorstellung, die Diskriminierung der „Anderen“ hingegen gang und gäbe. Zugleich kennzeichnet die Studie die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts als „entsichert“. Die soziale Spaltung verschärft sich weiter und wird als naturgegeben hingenommen. Die Krisen der letzten Jahre (Finanz-, Wirtschafts-, Schulden-, Umweltkrise) werden nicht gelöst, sondern „prozessiert“, das Soziale ökonomisiert. In allen Lebensbereichen macht sich eine Unsicherheit bemerkbar, die sich als Abwehr nach außen manifestiert.

Solange das Hendrik-Kraemer-Haus besteht, beteiligten wir uns an dem Bemühen um eine antifaschistische, von Diskriminierung freie Erziehung an der Basis der Gesellschaft. Wir wollen das weiter tun. Im Juni 2000 haben wir im Ökumenischen Rat Berlin-Brandenburg die Erarbeitung von IMPULSEN ZUM GESPRÄCH ÜBER DIE GEFAHREN DES RECHTSEXTREMISMUS angeregt und voran gebracht. Die Arbeitshilfe, die wir hier geringfügig gekürzt dokumentieren, hat nach 12 Jahren leider nichts an Aktualität verloren.

IMPULSE ZUM GESPRÄCH ÜBER DIE GEFAHREN DES RECHTSEXTREMISMUS

Präambel

In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts sind rassistische Verbrechen verstärkt verübt worden, und ihre Häufigkeit bleibt auf hohem Niveau annähernd stabil. Menschen werden gejagt, geschlagen, getötet, ihre Unterkünfte, Versammlungsorte, mitunter sogar ihre Gräber werden angezündet, zerstört, geschändet. Gleichzeitig können rechtsextrem orientierte Parteien ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit und teilweise auch an Wählerstimmen für sich gewinnen.

Als Ökumenischer Rat Berlin-Brandenburg sind wir davon unmittelbar betroffen, denn wir wissen uns der Herstellung und Pflege einer Gemeinschaft verpflichtet, deren Mitglieder sich durch Herkunft und Konfession unterscheiden. Gleichzeitig sind wir als Kirchen herausgefordert, den allen Menschen von Gott gegebenen Wert zu bezeugen, wenn die menschliche Würde von Mitbürgern durch eine rechtsextreme Ideologie und Praxis herabgesetzt oder bestritten werden soll ...



*Rathaus zu Osnabrück, Foto:
Stephanie Weigmann, 2009*

I. Politisch-gesellschaftliche Argumente

Die genaue Suche nach den Ursachen und die gründliche Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bedingungen solcher Erscheinungen sind Voraussetzung für das Zeugnis, Handeln und Beten der Gemeinden. Für das dazu notwendige Gespräch bieten wir die folgenden Überlegungen und Impulse an.

1. Die Tabuisierung von rechtsextremistischem Gedankengut scheint in Deutschland, ähnlich wie in anderen Ländern Europas, brüchig geworden zu sein. Die Grenzen zwischen solchen Positionen und dem politischen Diskurs der Gruppen und politischen Parteien der gesellschaftlichen "Mitte" werden zunehmend unscharf. Wenn wir den gängigen Begriff "Rechtsextremismus" gebrauchen, müssen wir uns zugleich bewusst machen, dass es um Einstellungen und Verhaltensweisen geht, die zwar vornehmlich am äußersten Rand unserer Gesellschaft offen in Erscheinung treten, latent aber sehr viel weiter verbreitet sind.

2. Gewalttätiges Verhalten bei Anhängern extrem rechter und extrem linker Strömungen ähneln einander. Oft wird deshalb der Extremismus an sich, gleich welcher Spielart, als eigentlicher Feind der Demokratie und der Verfassungsordnung angesehen. Das trifft zu, sofern Kompromissbereitschaft und die Anerkennung eines Gewaltmonopols zu den Voraussetzungen der Demokratie gehören. Wir verurteilen Gewalttätigkeit in jeder Form. Für eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Extremismus muss aber hinsichtlich der Inhalte differenziert werden. Verkürzt und auf eine Formel gebracht, wird auf der einen Seite eine grundsätzliche Gleichwertigkeit aller postuliert, während auf der anderen Seite minder- und höherwertige Menschen unterschieden und Rangordnungen für die Inanspruchnahme von Rechten aufgestellt werden. Die Beschränkung der Kritik auf die Verurteilung gewaltsamer Mittel vernachlässigt diese Unterschiede und reicht für eine wirksame Auseinandersetzung nicht aus.

3. Ein in diesem Zusammenhang auffälliges Phänomen ist das Ost-West-Gefälle in der Statistik rassistischer Verbrechen, neofaschistischer Straftaten und der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Organisationen. Es gibt dafür unterschiedliche Erklärungsversuche:

- Einige sehen darin die Nachwirkung der Prägung der Menschen im Osten durch ein repressives Staatssystem.
- Andere vermuten nach der Diskreditierung der sozialistischen Weltanschauung ein ideologisches Vakuum, in das die auf krassem Schwarz-Weiß-Denken

beruhenden rechtsextremen Heilslehren besonders leicht einströmen können.

- Wieder andere meinen, das brutale Schema von "winner and loser", Starksein und Schwächlichkeit sei für das westliche Zivilisationsmodell an sich prägend und wirke in der Phase des ungebremsen Kapitalismus und der hohen Jugendarbeitslosigkeit im Osten nur unmittelbar als dort, wo es durch relativierende Einflüsse über Jahrzehnte hinweg gezähmt worden sei.

Die Auseinandersetzung mit solchen Erklärungsmustern kann ein Impuls zur tiefergehenden Analyse des Rechtsextremismus sein.



Thalita Kumi, Interreligiöse Schule nördlich von Jerusalem. Eine Friedenstaube fliegt mit einem Gewehr davon, Foto: Harald Iber, 2010

4. Das rechtsextremistische politische Credo artikuliert sich je nach gesellschaftlichem und politischem Kontext unterschiedlich. Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit u.a.m. sind Spielarten, die meist in Überschneidungen vorkommen. Sozialdarwinistische Interpretationen der Gesellschaft und ihrer Geschichte werden als pseudowissenschaftliche Begründung für die Ausgrenzung von Andersartigen herangezogen. Doch Apartheid kann nicht nur auf Rassen bezogen werden. Es gibt auch die Apartheid zwischen Armen und Reichen, Mächtigen und Rechtlosen.

5. Die rechtsextremistische Botschaft macht sich die Angst der Menschen zunutze und verspricht aus ihr schnelle und einfache Rettung. Deshalb werden Konflikte bewusst verschärft, Unsicherheiten geschürt und Ängste vor dem Verlust der sozialen Sicherheit, der gesunden Umwelt oder der eigenen Identität stimuliert. Viele der heraufbeschworenen Gefahren sind allerdings nicht erfunden. Deshalb kommt alles darauf an, über soziale Widersprüche, wirtschaftlichen Missbrauch, ökologische Katastrophen usw. sachlich und aufklärend zu sprechen, damit nicht panische Angst erzeugt wird, sondern der Wille zur Veränderung entsteht.

II. Theologisch-kirchliche Argumente

Die Propagierung rechtsextremistischer Leitgedanken stellt einen unmittelbaren Angriff auf humanistische und demokratische Überzeugungen und zugleich auf Glaube und Kirche dar, und zwar nicht nur dort, wo Riten und Symbole benutzt werden.

1. Das rechtsextremistische Grunddogma der natürlichen Ungleichwertigkeit der Menschen widerspricht der biblischen Sicht der Menschen als gleiche, vom ersten

Menschen herkommende Geschöpfe Gottes, die in Christus dazu berufen sind, ihre ursprüngliche Einheit wiederzuerlangen (Joh 17,21). Zum Auftrag der christlichen Kirchen gehört es, von dieser in ihnen bereits jetzt verwirklichten Gemeinschaft von Menschen, Völkern und Kulturen lebendiges Zeugnis abzulegen. Unterschiede in den Religionen und Kulturen begründen keine Rangordnung im Blick auf das Menschsein ...

2. Der oft mit rechtsextremistischen Anschauungen verbundene Nationalismus ist Ausdruck jener kollektiven Ich-Verfallenheit des Menschen, die die Bibel Sünde nennt. Schon das erste Buch der Bibel weist mit seiner Erzählung vom Turmbau zu Babel (Gen 11) darauf hin, dass die Zerteilung der Menschheit in Völker, Länder und Sprachen eine Folge der Sünde ist. Die nationale und ethnische Identität, die als gemeinschaftsbildendes Element im Leben vieler Kirchen eine wichtige Bedeutung einnimmt, hat ihre Berechtigung nur, sofern sie der biblischen Lehre und der Praxis der ökumenischen Gemeinschaft des Leibes Christi (Gal 3,28) untergeordnet ist.

3. Der sozialdarwinistische Ansatz und die aus ihm abgeleiteten Handlungsmaximen widersprechen dem christlichen Gebot der Nächstenliebe und Fürsorge für die Schwachen. In der Kirche als Leib Christi haben alle, auch die schwächsten Glieder, ihren eigenen und wichtigen Platz. Überheblichkeit, Ausgrenzung, Rassismus und ähnliche Einstellungen, sei es in ihren eigenen Reihen oder gegenüber Außenstehenden, widersprechen dem Auftrag der Kirche, Ort der Versöhnung und der tätigen Liebe für schwache und rechtlose Menschen (Mt 25,40) zu sein ...

4. Das Schüren von Angst und das Säen von Hass zwischen Menschen und Völkern ist unvereinbar mit dem Leben in Christus. All unsere Angst und Furcht in dieser Welt ist in Christus, in seinem Tod und seiner Auferstehung, bereits überwunden (Joh 16,33). Dies befähigt ChristInnen und Kirchen dazu, an der Abwendung tödlicher Gefahren für das Leben menschlicher Gemeinschaften und der Menschheit insgesamt mit Vertrauen und Hoffnung teilzunehmen.

5. Die rechtsextremistische Überhöhung von Führungsgestalten und der Staatsgewalt trägt aus biblischer Sicht dämonische, widergöttliche Züge. Die Kirchen haben in Erinnerung zu rufen, dass alle Menschen, auch die Machthabenden, Sünder sind (Röm 3,23) und wegen ihrer Verfehlungen täglich die Vergebung des barmherzigen Gottes brauchen. Die Kirchen müssen das eigene Verhältnis zur Macht und zu staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen stets kritisch überprüfen und der Verabsolutierung eines bestimmten gesellschaftlichen oder ökonomischen Systems widerstehen. Als Ökumenischer Rat Berlin-Brandenburg sind wir uns einig in dem Bewusstsein, welche Gefahr mit dem Rechtsextremismus für unsere Gemeinschaft und die Gesellschaft, in der wir leben, verbunden ist. Darum erheben wir unsere Stimme im Namen unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus. (www.oerbb.de/oerbb-texte.html)

BERLINER ERKLÄRUNG ZUR BANKEN- UND FINANZKRISE

Am 22. Oktober vergangenen Jahres tagte die Akademie Solidarische Ökonomie unter dem Thema „Kapitalismus und dann? Perspektiven eines Systemwandels“. Sie verabschiedete die "Berliner Erklärung", die von 130 Teilnehmern der Tagung befürwortet wurde. Obwohl wir nicht alle ihre Konsequenzen teilen, halten wir die Berliner Erklärung doch für ein beachtenswertes Dokument aus dem kirchlichen Raum.



*Graphik aus: Ralph Dutli,
Liebe Olive.
Eine kleine Kulturgeschichte,
Zürich 2009*

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. (Aus dem Ahlener Programm der CDU von 1947)

Innerhalb von drei Jahren wiederholt sich eine Banken- und Finanzkrise, die auch die reichen Industriestaaten in einen drohenden Staatsbankrott treibt und die effektive Realwirtschaft empfindlich gefährdet. Menschen in aller Welt stehen auf im Protest gegen eine Finanzwirtschaft, die den Menschen nicht dient, sondern sie beraubt. Die Politiker versprechen zum zweiten Mal, der ungezügelten Finanzwirtschaft Fesseln anzulegen.

Wir rufen alle Menschen auf: Lasst Euch nicht ein zweites Mal betrügen!

Es geht nicht nur um eine unzureichende Regulierung des Bankenwesens. Es geht um eine tiefgreifende Fehlentwicklung unserer Wirtschaftsweise. Darum richtet sich der Protest der Menschen in aller Welt nicht nur gegen ein irrsinnig gewordenes Finanzsystem. Er richtet sich ebenso gegen die wachsende Kluft zwischen Arme und Reiche, gegen Arbeitslosigkeit und prekären Einkommensverhältnisse, gegen den Irrsinn einer Überproduktion von Nahrungsmitteln und weltweiten Hungerkatastrophen, gegen die

erkannten, aber nicht ausreichend bekämpften Umweltzerstörungen, gegen Rüstungsindustrie und Kriege, die „befrieden“ sollen, aber neue Kriege und Terror provozieren. Deutlich ist: Der globalisierte Kapitalismus ist zu einer selbstmörderischen Entgleisung der menschlichen Kultur geworden.

Der Krebschaden unserer Wirtschaftsweise ist die Herrschaft kapitalistischer Prinzipien und Ideologien: nicht die Bereitstellung sinnvoller Güter und Dienstleistungen und menschenwürdiger Arbeitsplätze ist hier Ziel des Wirtschaftens, sondern die Maximierung der Rendite für einige Kapitaleigner. Damit wird der Sinn des Wirtschaftens auf den Kopf gestellt und pervertiert.

Wir widersprechen der Behauptung, dass es zur kapitalistischen Marktwirtschaft keine Alternative gäbe, und dass der Mensch ein nur auf materielle Bereicherung, Egoismus, Konkurrenz und Aggression hin angelegtes Wesen sei. Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch auch ein zur Kooperation, gegenseitiger Wertschätzung und Solidarität begabtes Wesen ist. Und wir sind mit vielen Menschen davon überzeugt, dass eine Wirtschaft möglich ist, in der Menschenwürde, Kooperation, Solidarität und ökologische Zukunftsfähigkeit verwirklicht werden können.

Wir suchen und fordern den Umbau unserer Wirtschaftsweise,

- in der das Finanzsystem vom spekulativen Geldhandel befreit, dem Banken- und Kreditwesen die abschöpfende Funktion genommen und zu seiner gemeinwohlorientierten und dienstleistenden Funktion zurückgeführt wird;
- in der Eigentum nicht mehr zur leistungslosen Abschöpfung fremder Leistung genutzt werden kann und Grund und Boden und Öffentliche Güter wieder in Gemeineigentum übergehen;
- in der die Unternehmen nach ökologischen, sozialen und gemeinwohlorientierten Kriterien und in Mitbestimmung aller Beteiligten geführt werden;
- in der ein leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem realisiert, überhöhte Löhne ausgeschlossen und Mindestlöhne gewährt werden;
- in der eine Arbeitskultur entwickelt wird, in der jeder Arbeitsfähige einträgliche Erwerbsarbeit findet und Familienarbeit und gesellschaftliche Tätigkeit gleichwertigen Raum finden;
- in der ein solidarisches Steuer- und Sozialsystem realisiert wird, in dem von allen Einkünften solidarische Beiträge erhoben werden und eine soziale Grundsicherung für jeden gegeben ist;
- in der eine ökologische Kreislaufwirtschaft mit hoher Effizienz und größtmöglicher Ressourceneinsparungen realisiert wird;
- in der die räuberische Globalisierung in eine ökosoziale verwandelt wird, in der weltweit faire Handelsbedingungen, sozialökologische Mindeststandards und die Stärkung der regionalen Wirtschaft oberste Prinzipien werden ...

AUS DEM HENDRIK KRAEMER HAUS

Seminarreihe Gerechter Friede

Im Januar und im März werden wir unsere Seminarreihe "Gerechter Friede" fortführen. Am zweiten Seminartag im Januar gehen wir dem Komplex "Klimagerechtigkeit" nach. Am dritten Seminartag soll der "Gerechter Friede" am Beispiel der gesellschaftlichen Entwicklungen Lateinamerikas reflektiert werden. Als Gast und Referenten können wir Dr. Ludger Weckel aus dem Institut für Theologie und Politik Münster begrüßen. Eine Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin ist angefragt. Das Seminar findet statt am Samstag, dem 24. März 2012, 15-19 Uhr, Hendrik-Kraemer-Haus. Am 25. März 2012 feiert die NÖG den Gottesdienst zum Lateinamerikasonntag.



Friedenstaube, Pablo Picasso

Jahresthema

Zu unseren Vorhaben in diesem Jahr gehört das Thema „Polen“. Wir bereiten, wie in den zurückliegenden Jahren bewährt, einen Studientag und eine Wochenend-Studienfahrt dazu vor. Reiseziel soll nicht eines der viel besuchten touristischen Zentren, sondern Łódź sein. Die Geschichte der Stadt ist durch die bewegte Teilungsgeschichte des Landes und verschiedene Migrationsschübe geprägt. Als Zentrum der Textilindustrie hat Łódź für die wirtschaftliche Entwicklung eine große Rolle gespielt. Während der deutschen faschistischen Okkupation in Litzmannstadt umbenannt, beherbergte es eines der größten jüdischen Ghettos und ein Konzentrationslager speziell für Kinder. Heute ist Łódź erneut ein höchst ansehnliches Zentrum polnischer Urbanität. Bei der Vorbereitung dürfen wir auf die Mitarbeit von Katarzyna Studnicka aus Kraków rechnen, die bis August 2012 ihren Freiwilligendienst bei Asyl in der Kirche, in der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und im Hendrik-Kraemer-Haus leistet und bei uns lebt. Wir können leider noch keine Termine nennen, aber Interessenbekundungen nehmen wir gern entgegen.

Weiterführung der programmatischen Arbeit

Im Sommer wird es wieder das Lotte-Holzer-Camp geben. Alle übrigen Veranstaltungen - die Gottesdienste am 2. und 4. Sonntag des Monats, die Treffen des Predigtteams und der Lesefrüchte-Interessierten, die Besprechungen der Programgruppe - bleiben unverändert. Auch "Zeitzeugengespräche" finden immer wieder einmal statt.

*Im Namen von Bé, die in der Wohngemeinschaft wohl aufgehoben ist,
grüßen Euch und Sie aus dem Hendrik-Kraemer-Hauses herzlich und in Verbundenheit
Friederike Schulze, Giselher Hickel, Constanze Kraft*